

Lichtenstein-Gaiburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Söldig, Berndorf, Niederdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Rendorf, Ottendorf, Müllen, St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermühlen, Schönbach und Kirchheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Nr. 101.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

Sonnabend, den 2. Mai

Haupt-Insertionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

1908.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen. 1 Mark 75 Pf. Einzelne Ausgabe 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Goldauerstraße Nr. 5 b, alle Reichlichen Postanstalten, Postbüros, sowie die Ausländer entsprechend. Inserate werden die Wochenspalte Gründzelle mit 10, ihr auswärts 12 Pfennigen Preissatz, Wochenspalte 20 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Seite 20 Pf. Zusatzpreis: Wochenspalte Nr. 7.

Telegramm-Adresse: Tagesblatt

Bekanntmachung.

Mit heute ist der 1. Termine Staatsstukkumen seiner fällig geworden.

Wie fordern hiermit alle Zahlungspflichtigen auf, dieselbe umgehend, spätestens aber bis

20. Mai dieses Jahres

an die hiesige Stadtsparkasse abzuführen.

Nach Ablauf der vorerwähnten Frist wird das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Zum Interesse aller Zahlungspflichtigen machen wir hiermit auf die bei Mahnungen, Zwangsvollstreckungen und Lohnabnahmen entstehenden erheblichen Kosten aufmerksam.

Lichtenstein, am 30. April 1908.

Der Stadtrat.

Auf die Zeit vom 2. bis mit 31. Mai 1908 wird die Stellvertretung des vorübergehend behinderten Gemeindeschreibers Herrn Stadtrats Heyder in Lichtenstein

Herrn Sekretär Damm:

Übertragen.

Lichtenstein, den 30. April 1908.

Königliches Amtsgericht.

Das Wichtigste.

* König Friedrich August wohnte gestern nach seiner Rückkehr von Bad Elster der Einweihung des Realgymnasiums in Blasewitz bei.

* Die Wahlrechtsdeputation der Zweiten Sachsenischen Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung über die Regierungsvorlage noch nicht abgestimmt. Die Regierung wurde auf den Mittwoch der nächsten Woche vertagt.

* Die Gründung des österreichischen Abgeordnetenhauses vollzog sich unter einer starken Demonstration der Deutschradikalen Gruppe gegen den Justizminister Dr. Klein und gegen den tschechischen Handelsminister Fiedler.

* Der japanische Schulkreuzer Matsushima ist bei den Petropavlos-Inseln infolge der Explosion einer Munitionskammer untergegangen. Von der Besatzung sollen gegen 150 Mann bei der Katastrophe umgekommen sein.

* Im Stillen Ozean wurden westaustralische Seeleute von einem Orkan überrascht. Etwa 100 Menschen sollen umgekommen sein.

Sitzung der Wahlrechtsdeputation.

Die Wahlrechtsdeputation der Zweiten Kammer trat am Donnerstag nachmittags 3 Uhr zu der bereits angekündigten Sitzung zusammen, die bis um einhalb 6 Uhr andauerte. Zu einer Abstimmung über die Regierungsvorlage ist es jedoch noch nicht gekommen, da die Beratungen abgebrochen werden mussten, um den Fortgang der Arbeiten der übrigen Deputationen nicht zu hindern. Die nächste Sitzung soll am Mittwoch abgehalten werden. Siegt also somit noch immer kein seitiger Abschnitt in der Frage der Wahlrechtsreform vor, so ergab diese Sitzung doch die in diesem Augenblick recht wertvolle und hoch erfreuliche Tatsache, daß die Verständigung zwischen den maßgebenden Fraktionen und der Regierung derart weit gediehen ist, daß man auf ein endliches gemeinsames Zusammenarbeiten in der Frage der Wahlrechtsreform mit Sicherheit rechnen kann. Über den Verlauf der Sitzung wird folgendes gemeldet:

Unter dem Eindruck der lebhaften Diskussionen gab Graf Hohenlohe schließlich die Erklärung ab, daß er sich zwar vorbehalten müsse, die Regierungsvorlage einschließlich der Abgeordnetenwahlen auch im Plenum der Kammer zu vertreten, daß die Regierung aber bereit sei, schließlich auch einem aus Vorschlägen der Kammer hervorgegangenen

Wahlrecht zugestimmen, das an Stelle der Abgeordnetenwahlen eine andere annehmbare Reserve gegen eine sozialdemokratische Ueberflutung der Zweiten Kammer hätte. In einem Pluralwahlrecht mit bis zu vier Wahlstimmen allein könne die Staatsregierung eine solche Gewalt nicht erbliden und müsse deshalb auf einer weiteren Reserve bestehen. Bisher wären aus der Wahlrechtsdeputation heraus keine solchen Reserven angeboten worden, die der Regierung genügend und annehmbar erschienen.

Auf Grund dieser Erklärungen sprachen dann verschiedene einflussreiche Mitglieder der konservativen und der nationalliberalen Fraktion ihre Genugtuung über diese entgegenkommende Erklärung des Staatsministers aus, betonten aber dabei ausdrücklich, daß sie auf ein einheitliches Wahlrecht nicht verzichten könnten und daß diese zu erwartende Reserve darin in das Pluralwahlrecht eingesetzt werden müsse, daß sie diesen Einheitslichkeit nicht beeinträchtige.

Hinsichtlich der schwedenden Kompromißverhandlungen, die von einem aus 9 Mitgliedern (5 konservativen und 4 nationalliberalen) zusammengesetzten engen Ausschuß gepflogen werden, wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen einen aussichtsvollen Verlauf nehmen, aber zu einem abschließendem Ergebnis noch nicht geführt haben. Sobald das der Fall sein wird, soll dieses Ergebnis zur Beweinung der Fraktionen gestellt werden, damit geprüft wird, ob die für eine Wahlrechtsdeputation mögliche Zweidrittelmeinheit der Kammer dafür zu haben sein wird. Dann wird auch für die Staatsregierung die Zeit gekommen sein, Stellung zu nehmen.

Deutsches Reich.

Dresden. (Vorstand). In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags nahm Finanzminister v. Röder bei der Beratung des Staats der Straßen- und Wasserbauverwaltung Gelegenheit, sich in immer noch ziemlich pessimistischem Sinne über die allgemeine Finanzlage zu äußern. Erledigt wurden außerdem die Staats der Hochbauverwaltung und des Badischen Elster.

— (Keine Verlegung der Schulen in diesem Sommer). Die Neuerungen des Kultusministers Dr. Beck am Mittwoch in der Zweiten Kammer über die Schulen sind so verstanden worden, wie aus der verbreiteten Meldung hervorgeht, daß schon von diesem Sommer ab die Ferien der höheren Schulen Sachsen mit den Ferien der unteren Schulen zusammengelegt werden sollten. Der Kultusminister erklärte vielmehr, daß dieses Vorhaben allerdings be-

absichtigt gewesen wäre, daß das Ministerium auf Grund von angestellten Erörterungen aber davon abgesehen hat, bereits in diesem Jahr eine Rendezvous g. herbeizuführen. Die Fahrpläne für die Ferienförderzüge seien schon längst festgestellt, so daß sich bei einer Verlegung der Ferien schon in diesem Sommer groÙe Unzuträglichkeiten ergeben würden.

Berlin. (Hochzeit im Hohenzollernhaus.) Die Hochzeit des Prinzen August Wilhelm von Preußen, des vierten Sohnes des Kaiserprinzen, mit der Prinzessin Alexandra Viktoria zu Schleswig-Holstein wird im Herbst dieses Jahres stattfinden. Als Hochzeitstag ist der 22. Oktober, der Geburtstag der Kaiserin, in Aussicht genommen. Prinz August Wilhelm steht im 22. Lebensjahr, während seine Braut in diesem Monat ihr 21. Lebensjahr vollendet hat.

— (Der Reichstag) behandelte gestern in erster Lesung die Vorlage über eine Erhöhung der Postdampfschiffszulassungen an den Norddeutschen Lloyd, befaßte sich alsdann mit der Erleichterung des Kraftwagenverkehrs an der Reichsgrenze und verwies nach ausgedehnter Debatte die Vorlage über Zuschlagszulassungen für die Reichsbeamten an die Budgetkommission.

— (Durch Schaden flug geworden). Eine in Wlch i. B. abgeholte, aus allen Orten des dortigen Wahlkreises zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlung am Sonntagabend hat den bemerkenswerten Beschluß gefaßt, von der Feier des 1. Mai in diesem Jahre in dem gesamten Wlch Industriegebiete abzusehen. Begründet wird dieser Beschluß mit der Erklärung, daß heuer infolge der ungünstigen Gesamtlage die Arbeitgeber alle jene Arbeiter, die am 1. Mai den Betrieben fernbleiben würden, für lange Zeit aussperren würden. Darauf hat die Wlchregel der Aussperzung, wie sie vor zwei Jahren seitens der Wlch Industriellen Organisation durchgeführt wurde, ihre Wirkung nicht verloren. Damals beschlossen die Sozialdemokraten, in allen Fabriken eigenmächtig am 1. Mai der Arbeit fern zu bleiben. Alle Arbeitnehmer, die den Beschluß befolgten, wurden mehrere Monate lang ausgesperrt, ja, mehrere Räderlächer sind, weil über sie die Sperrre noch nicht aufgehoben wurde, noch heute arbeitslos. Die österreichische Tegillarbeiter-Union etablierte damals, mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei gerade im Wlch Industriegebiete den Kampf rücksichtslos bis zum Siege der Arbeitnehmer fortzuführen. Der Beschluß der Wlch Betriebsräte, heuer von der Feier abzusehen, ist daher umso bezeichnender. Im vorliegenden Jahre fiel der 1. Mai bekanntlich auf einen Sonntag, weshalb sich die Wirkung der Aussperzung vom Jahre 1906 auf heuer duften könnte.

Heute Sonnabend von 18 Uhr ab
Freibank. Fleischverkauf
(frisches Rindfleisch) à Pf. 45 Pf.

Stadtsparkasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 800000 Mark, Reservesfonds 480000 Mark.
Buchführungszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich
Einlegergutsatz 3½%.

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat vergütet. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Rücksicht und ohne Gutsverlust in beliebiger Höhe.

Die Volksbibliothek zu Callenberg
ist Montags von 2—3, Mittwochs und Sonnabends 11—12 Uhr geöffnet.

Die Volksbibliothek zu Hohndorf
ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur freizügigen Benutzung angelebtlich empfohlen.